

Versorgungswerk der Landestierärztekammer Mecklenburg - Vorpommern

Einrichtung der Landestierärztekammer Mecklenburg-Vorpommern • Körperschaft des öffentlichen Rechts

Merkblatt

für Rentenantragstellerinnen/-antragsteller

Potsdamer Straße 47, 14163 Berlin

☎ (030) 81 60 02 -61 Frau Kinsky
(030) 81 60 02 -45 Frau Ricke
📄 (030) 81 60 02 -40
🌐 www.vw-ltkmv.de
@ info@vw-ltkmv.de

Sehr geehrtes Mitglied,

wir möchten Sie im Zusammenhang mit Ihrem Leistungsantrag nachfolgend auf einige Punkte aufmerksam machen, die regelmäßig als Fragen an die Verwaltung herangetragen werden und von Ihnen zu beachten sind. Darüber hinaus soll Ihnen dieses Merkblatt wichtige Informationen mit auf den Weg geben. Bitte nehmen Sie sich etwas Zeit zum Lesen. Bei Rückfragen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung jederzeit und gern zur Verfügung.

Inhaltsübersicht

- a) Altersrente und weitere Berufstätigkeit
- b) Berufsunfähigkeitsrente (BU-Rente) und weitere Berufstätigkeit
- c) Berufsunfähigkeitsrente und Kinderzuschuss
- d) Beamtinnen bzw. Beamte und gleichgestellte Personenkreise
- e) Betriebsrente
- f) Europäische Verordnung 1408/71
- g) parallele Ansprüche zur gesetzlichen Rentenversicherung
- h) Kranken- und Pflegeversicherung
- i) Steuer und Bescheinigung zur Öffnungsklausel

a) Altersrente und weitere Berufstätigkeit

Bei Bezug der – vorgezogenen oder regulären - Altersrente ist satzungsgemäß keine Aufgabe der tierärztlichen Tätigkeit notwendig. Sie können also weiterhin tätig sein und Einkünfte (in unbegrenzter Höhe) erzielen, ohne den Altersrentenanspruch zu gefährden. Die Beitragspflicht zum Versorgungswerk der Landestierärztekammer Mecklenburg - Vorpommern endet satzungsgemäß zum Vortag des Rentenbeginns.

Info für Angestellte:

Über die je nach Arbeitsvertrag unterschiedlichen **arbeitsrechtlichen** Auswirkungen Ihres Rentenantrages halten Sie bitte bei Bedarf rechtzeitig vor Antragstellung Rücksprache mit Ihrer zuständigen Personalstelle oder dem Betriebsrat. Rechtsfolge des Beginns einer Altersrente kann z. B. das automatische Enden des Arbeitsverhältnisses sein. **Des Weiteren besteht als Angestellte/r regelmäßig die arbeitsvertragliche Pflicht, den Arbeitgeber über die Antragstellung sowie den erhaltenen Rentenbescheid zu informieren.**

b) Berufsunfähigkeitsrente (BU-Rente) und weitere Berufstätigkeit

Abweichend zu den Regelungen zur Altersrente ist eine Berufsausübung - gegen Entgelt oder unentgeltlich - und der gleichzeitige Bezug von BU-Rente nicht möglich. Die BU-Rente hat vielmehr Einkommensersatzfunktion, d. h. die vollständige Berufsaufgabe ist einer der Voraussetzungen der Leistungsgewährung.

Während des Leistungsbezuges BU-Rente darf keinerlei berufsspezifische Tätigkeit (mehr) ausgeübt werden. Hierbei existiert keine Geringfügigkeitsgrenze (auch nicht 450,00 € - Job). Tierärztliche Tätigkeit ist satzungsgemäß jedwede Tätigkeit, zu der die tierärztliche Ausbildung berechtigt bzw.

befähigt und bei der die tierärztliche Ausbildung überwiegend verwendet werden kann. Der Verwaltungsausschuss bittet Sie in Ihrem wohlverstandenen Interesse **vor Aufnahme** jeglicher tierärztlicher und berufsfremder Tätigkeit **unaufgefordert** um **rechtzeitige** Mitteilung über Art, Umfang und Vergütung der angestrebten Beschäftigung (Anzeigepflicht). Hierdurch können bereits im Vorfeld z. B. etwaige Abgrenzungsschwierigkeiten ausgeräumt werden. Zu den arbeitsrechtlichen Auswirkungen lesen Sie bitte o. a. Angaben für Altersrentner sinngemäß.

Info für Angestellte:

Während einer BU-Rente **auf Zeit** ruhen die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag. Bei **unbefristeter** BU-Rente sieht dagegen z. B. § 59 BAT für den öffentlichen Dienst vor, dass als Rechtsfolge das Arbeitsverhältnis endet. Die Verwaltung regt - bei der Vielzahl möglicher arbeitsvertraglicher Fallgestaltungen - an, sich im eigenen Interesse **vor Antragstellung** selbst z. B. beim Arbeitgeber sachkundig zu machen.

c) Berufsunfähigkeitsrente und Kinderzuschuss

Bei Bezug der Berufsunfähigkeitsrente kann auf Antrag ein Kinderzuschuss gewährt werden. Dieser beträgt für jedes Kind 12,5 % Ihrer Berufsunfähigkeitsrente. Näheres entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Merkblatt.

d) Beamtinnen bzw. Beamte und gleichgestellte Personenkreise (z. B. Soldaten oder DO-Angestellte)

Bitte informieren Sie Ihren Dienstherrn über den Rentenbezug. Ihr Dienstherr wird Ihre Rente (anteilig) - soweit Sie vor Ihrer Ernennung zum Beamten bzw. zur Beamtin als Angestellte/r im öffentlichen Dienst gearbeitet haben und diese Zeit zugleich als ruhegehaltsfähige Dienstzeit gilt - auf Ihre Pension gemäß § 55 BeamtVG anrechnen. Bitte beachten Sie hierzu, dass Ihr Versorgungswerk nach geltendem Recht zu diesem Themengebiet keine individuellen Rechtsauskünfte geben darf. Bitte wenden Sie sich bei Fragen direkt an Ihren Dienstherrn.

e) Betriebsrente (bitte stets separat beantragen)

Waren Sie während Ihrer Erwerbsphase z. B. im öffentlichen Dienst tätig, vermuten wir, dass Sie zusätzlich Ansprüche auf betriebliche Altersversorgung (VBL, kirchliche Zusatzversorgung etc.) erworben haben. Wir regen an, sich dort vorab nach den Auswirkungen der Rentengewährung - z. B. des vorgezogenen Altersrentenbezuges bei einer berufsständischen Versorgungseinrichtung - zu erkundigen. Es ist u. a. möglich, dass die betriebliche Altersversorgung lediglich einen späteren Altersrentenbeginn zulässt oder ein vorzeitiger Rentenanspruch erhebliche Auswirkungen auf die Betriebsrentenhöhe hat.

f) Erläuterungen zur Europäischen Verordnung 1408/71

Die berufsständischen Versorgungswerke sind durch EU-Verordnung 647/2005 vom 13.04.2005 (Amtsblatt EU vom 04.05.2005) zum 01.01.2005 in den Geltungsbereich der Europäischen Verordnung 1408/71 einbezogen. Hierbei geht es um die Klärung der Frage, ob auch in anderen EU-Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland oder in Ländern des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz entweder Rentenversicherungszeiten aufgrund von beruflicher Tätigkeit oder Zeiten des gewöhnlichen Aufenthaltes (sogenannte Wohnzeiten) ohne Beschäftigung oder Tätigkeit zurückgelegt wurden.

Die sich nach dieser Verordnung ergebende gegenseitige Berücksichtigung von Versicherungszeiten ist immer dann von Bedeutung, wenn es um die Beantragung einer weiteren Rente aus diesen Ländern zur Erfüllung von Wartezeiten für dortige Leistungsansprüche geht.

Ein in einem EU-Mitgliedsstaat gestellter Rentenanspruch hat nach dem Gemeinschaftsrecht zur Folge, dass in allen anderen EU-Mitgliedsstaaten, in denen Versicherungszeiten zurückgelegt wurden, geprüft wird, ob auch dort die Voraussetzungen für eine Rentenzahlung erfüllt sind. Besteht dafür eine Warte- oder Mindestversicherungszeit, werden zurückgelegte Zeiten in allen Ländern der EU insoweit zusammengerechnet. Der Tag der Antragstellung in einem EU-Mitgliedsstaat ist für alle anderen EU-Mitgliedsstaaten, in denen Versicherungszeiten zurückgelegt wurden, verbindlich. Bitte geben Sie daher etwaige Zeiträume im Rentenanspruch mit an. Die Versorgungseinrichtung wird anschließend für Sie an diesen Rententräger die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben melden. Eine Zusammen-

rechnung von Rentenhöhen erfolgt dagegen nicht, jeder Rententräger zahlt seinen Anteil vielmehr separat.

g) Gesetzliche Rentenversicherung (= DRV Bund oder DRV regional, früher BfA / LVA)

Es ist - z. B. aufgrund von Beitragszeiten vor oder während des Studiums bzw. durch Kindererziehungszeiten - möglich, dass parallel ein Anspruch auf Rente oder ansonsten auf Beitragserstattung bei der gesetzlichen Rentenversicherung besteht. Wir stellen anheim, sich in diesem Fall bei der Deutschen Rentenversicherung Bund, Postfach, 10704 Berlin, unter Angabe der dortigen Versicherungsnummer individuell beraten zu lassen, da nur der jeweilige Rententräger hierüber Auskunft erteilt.

h) Krankenversicherung und Pflegeversicherung

Wenn Sie Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind, ist die Rente dort beitragspflichtig. Das bedeutet, es sind entsprechend dem geltenden Beitragssatz regelmäßig (zusätzlich) Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von der Rente zu zahlen. Wir sind wie Sie gesetzlich verpflichtet, Ihre Rentenhöhe Ihrer zuständigen gesetzlichen Kranken- oder Pflegekasse zu melden.

Bei privater Kranken- und Pflegeversicherung (PKV) entfällt die Meldepflicht der Versorgungseinrichtung. Bitte wenden Sie sich in diesem Fall selbst an Ihre PKV. Evtl. ändern oder beenden Sie dort mangels Notwendigkeit Ihren Tarifbaustein zum Krankentagegeld bzw. lassen diesen ruhen (Anwartschaftsversicherung). Bitte beachten Sie auch hier, dass Ihr Versorgungswerk nach dem geltenden Recht keine individuellen Rechtsauskünfte geben darf.

Ihre Versorgungseinrichtung kann - wie alle Versorgungswerke - keinen Zuschuss zur Kranken- bzw. Pflegeversicherung zahlen. Dies gilt gleichermaßen für die GKV und die PKV und ist darin begründet, dass Versorgungswerke – anders als die gesetzliche Rentenversicherung - keine aus steuerlichen Mitteln finanzierten Zuschüsse vom Bund erhalten, die Sie an ihre Leistungsempfänger weitergeben können. Versorgungswerke sind dafür als autonome Selbstverwaltungseinrichtungen insoweit vor einem Zugriffs- oder Mitspracherecht des Gesetzgebers weitestgehend geschützt.

i) Steuer und Bescheinigung zur Öffnungsklausel

Renten sind - entgegen der landläufigen Meinung - stets steuerpflichtig. Sie unterliegen seit 2005 der sogenannten nachgelagerten Besteuerung. Ob tatsächlich auch Steuern von der Rente zu zahlen sind, kann nur aufgrund der individuellen steuerlichen Situation – z. B. weitere Einkünfte, wenn ja welche, Familienstand – beantwortet werden. Für Renten gelten relativ hohe Freibeträge, z. B. fließen bei einem Rentenbeginn in 2018 lediglich 76 % der Bruttorente in die Berechnung der steuerpflichtigen Einkünfte ein. Ob tatsächlich Steuerzahlungspflicht besteht, kann nicht pauschal beantwortet werden, weil hierzu Ihre gesamten Einkünfte im steuerrechtlichen Sinne maßgeblich sind. Wir empfehlen, Ihren Steuerberater zu kontaktieren. Jede Versorgungseinrichtung ist verpflichtet, die Rentenhöhe etc. gemäß § 22a EStG jährlich der zentralen Erfassungsstelle zu melden.

Bei Rentenbeginn prüfen wir von Amts wegen, ob Sie bis zum 31.12.2004 in mindestens 10 Jahren Rentenbeiträge über dem Pflichthöchstbeitrag gezahlt haben. Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, stellen wir Ihnen – nach Eingang aller Versorgungsbeiträge - unaufgefordert eine Bescheinigung für die Einkommensteuererklärung nach § 22 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG (sogenannte Öffnungsklausel) aus. Bitte informieren Sie uns, wenn Sie **parallel** Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung oder in ein anderes berufsständisches Versorgungswerk gezahlt haben. Wir erstellen Ihnen dann eine Gesamtbescheinigung zur Vorlage beim Finanzamt aus. Bitte wenden Sie sich bei weiteren Fragen an Ihr zuständiges Finanzamt oder Ihren Steuerberater.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Versorgungswerk der Landestierärztekammer Mecklenburg - Vorpommern